



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses  
Jugendhilfeplanung am 21.10.2025  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:16 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Uwe Kramer

Ute Haupt  
Dr. med. Detlef Wend  
Anna Manser

Ulrike Pilz

Ausschussvorsitzender  
stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss  
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion Volt/MitBürger  
stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss  
stellv. stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss  
Vertretung für Frau Dr. Gaby Hayne

### **Verwaltung:**

~~Annika Seidel-Jähnig~~  
Stefanie Goy  
~~Dr. Sebastian Meißner~~  
Beate Erfurth  
Matthias Klinger  
René Lukas

Referentin Bildung und Soziales  
Jugendhilfeplanerin  
Sozialplaner  
Kitafachplanerin  
Netzwerkkoordinator Schulerfolg für Halle  
Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Friedemann Raabe  
Yvonne Krause

Dr. Gaby Hayne

Christof Starke

Fraktion Volt/MitBürger  
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /  
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle  
(Saale)  
stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss  
stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Kramer** eröffnete die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Kramer** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Jahresplanung  
Vorlage: VIII/2025/01709
- 7.2. Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung gem. § 80 SGB VIII  
Vorlage: VIII/2025/01832
- 7.3. Bericht der AG § 78 Jugendhilfe - Schule  
Vorlage: VIII/2025/01835
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

## **zu 3 Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2025**

---

**Herr Kramer** teilte mit, dass die formalen Änderungen der Fraktion Volt/MitBürger in die Niederschrift eingepflegt wurden sind.

Es gab keine weiteren Einwendungen gegen die Niederschrift vom 16.09.2025 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:** **bestätigt**

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Jahresplanung  
Vorlage: VIII/2025/01709**

---

**Herr Kramer** erläuterte den Ausschussmitgliedern die vorliegende Jahresplanung.

**Frau Goy** fügte hinzu, dass in der Novembersitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung die Beschlussvorlage zum Konzept „Mehr Pflegeeltern für Halle (Saale)“ vorgestellt wird.

**zu 7.2 Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung gem. § 80 SGB VIII  
Vorlage: VIII/2025/01832**

---

**Frau Erfurth** informierte anhand einer Präsentation zu Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung gem. § 80 SGB VIII

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Frau Manser** bemerkte, dass sie die vorgebrachten Argumente zum Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung gem. § 80 SGB VIII schlüssig und logisch empfindet. Es ist ein kooperatives Miteinander. Sie erkundigte sich, ob bei möglichen weiteren Ideen zur Nachnutzung von freien Kita-Räumen auch Unterstützung oder Förderung möglich ist.

**Frau Erfurth** betonte, dass alternative Raumnutzungen wichtig sind, falls nicht mehr alle Räume für die Kinderbetreuung gebraucht werden. Der zentrale Punkt ist, welche konkreten Angebote sinnvoll sind und wie sie finanziert werden können. Aus internen Beteiligungsrunden habe man gelernt, dass im HzE-Bereich ein großer Bedarf bestehe, neue Angebote zu entwickeln, die an eine Kita gekoppelt oder räumlich naheliegend sind. Von den Trägern kann auch geprüft werden, ob freie Räumlichkeiten an externe Akteure wie Frühförderstellen, Logopäden oder Ergotherapeuten vermietet werden könnten, idealerweise ohne direkte Finanzierung durch die Stadt. Wichtig sind Ideen und Kooperationsbereitschaft von Kita und externen Nutzern. Träger können prüfen, welche Angebote am Standort sinnvoll sind und welche Bevölkerungsstruktur vor Ort besteht, ggf. auch Beratungsangebote oder Elterncafés erwägen, je nach konkretem Bedarf im Umfeld der Kita. **Frau Erfurth** sagte, dass abzuwägen wäre, ob und wo Elterncafés sinnvoll sind, da nicht jede Kita ein solches Angebot braucht. Sie wies darauf hin, dass insgesamt die Finanzierung außerhalb des HzE-Bereichs unklar ist.

**Frau Manser** wies auf die Notwendigkeit von großer Flexibilität der Stadt Halle (Saale) bei der Nutzung von Räumen hin. Sie sagte, dass mögliche bürokratische Hürden und Vorgaben, etwa vom Liegenschaftsamt oder Förderbedingungen, unnötige Barrieren schaffen könnten. Wichtig sei freies Denken statt starrer Nutzungsbeschränkungen, um verschiedene Bedarfe jenseits des Alters zu berücksichtigen, statt sich auf ein Elterncafé zu beschränken. **Frau Manser** plädiert für mehr Spielraum und weniger Hindernisse bei der Nutzung vorhandener Räume.

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich, wann es zu ersten Schließungen bei Kitas des Eigenbetriebs kommt. Des Weiteren erkundigte er sich bei der Verwaltung, wie viele Schließungen ihr bekannt sind und wie die betroffenen Eltern damit umgehen sollen.

**Frau Erfurth** teilte mit, dass der Eigenbetrieb Kita auch dem Kita-Index unterliegt und alle Einrichtungen bewertet werden. Bei den zurückliegenden Schließungsankündigungen berichten die Träger, dass sie ihr Angebot aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht mehr aufrechterhalten können, wobei nicht nur rückläufige Kinderzahlen eine Rolle spielen. Oft seien auch personelle Konflikte oder andere interne Gründe ausschlaggebend. Träger wenden sich an die Stadt und fragen nach Unterstützung oder Abwägung, bevor Schließungen erfolgen. Sie betonte, dass vertrauliche Details über geplante Kitaschließungen nicht im öffentlichen Teil diskutiert werden sollten. **Frau Erfurth** wies darauf hin, dass das Platzverhältnis zwischen Eigenbetrieb Kita und freien Trägern aktuell 40 % Eigenbetrieb und 60 % freie Träger beträgt. Dieses Platzverhältnis soll laut Planung erhalten bleiben. Bei einem Abbau von Kitaplätzen würde sich dieses Verhältnis entsprechend fortsetzen.

**Herr Dr. Wend** fragte nochmalig, wie viele Schließungen von Kitas im Eigenbetrieb befürchtet werden.

**Frau Erfurth** teilte mit, dass dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und somit bewertet werden kann. Mit der Umsetzung der Ergebnisse aus dem Bewertungsverfahren des Kita-Index kann ab 2028 gerechnet werden, sollten sich die sinkenden Kinderzahlen fortsetzen und weiterhin eine hohe Anzahl an Überkapazitäten in Halle bestehen.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass trotz vorhandener Daten und Indikatoren die Zukunft ungewiss bleibt. Es sei klar, dass weniger Kinder geboren werden und Maßnahmen wie

Kitafläche oder Betreuung zu organisieren seien. Er sagte, dass die Verwaltung eine grobe Einschätzung der aktuellen Sachlage geben müsste.

**Frau Manser** wies darauf hin, dass der Eigenbetrieb die gleiche Anmeldesystematik, wie die freien Träger anwendet. Sie beschrieb eine harte Verhandlungssituation. Derzeit sind die freien Träger froh, wenn sie den Betreuungsschlüssel bis Dezember aufrechterhalten können. Die gesamte Situation ist insgesamt äußerst unsicher und unbefriedigend.

**Herr Dr. Wend** betonte, dass er die Argumentation der Verwaltung versteht, plädierte aber für eine transparente, nachvollziehbare Darstellung der Situation.

**Frau Erfurth** teilte mit, dass Träger jetzt verstärkt aktiv werden, weil sie die Anmeldezahlen für das nächste Kitajahr sehen und feststellen, dass Einrichtungen nicht mehr voll ausgelastet sein werden. Sie sagte, dass aktuell die Auslastung noch relativ gut ist, aber mit den geburtenstarken Jahrgängen, die ab August 2026 in Schule und Hort wechseln, wird es problematisch. **Frau Erfurth** betonte, dass Schließungen langfristig vorbereitet werden müssen, damit Eltern nicht vor vollendeten Tatsachen stehen. Es wird versucht, mit den betroffenen Einrichtungen und Trägern eine gute Entscheidung im Sinne der Kinder und Familien zu treffen.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass kleinere Überzahlungen der Kitagebühren zu verkraften seien, aber problematisch werde es, wenn Kitas abrupt schließen und Eltern aufgefordert werden, Zahlungen bis zum Ende zu leisten. Er plädierte dafür, solche Schließungen nicht zu oft auftreten zu lassen und sicherzustellen, dass betroffene Familien finanziell nicht übermäßig belastet werden. Ziel sollte ein gemeinsamer, verlässlicher und fairer Übergang sein.

**Frau Erfurth** erläuterte, dass im Bedarfs- und Entwicklungsplan eine Tabelle mit voraussichtlichen Kapazitätsänderungen enthalten ist, darunter Kapazitätsreduzierungen und auch Betriebsschließungen. Bezüglich des Eigenbetriebs sei derzeit nichts darin vorgesehen und bis Ende 2027 geplant.

**Herr Kramer** bemerkte, dass auch verschiedene Mitglieder im Ausschuss des Eigenbetriebs tätig sind.

**Herr Dr. Wend** sprach die aktuelle Personal- und Platzknappheit in Halle-Neustadt an, insbesondere den Mangel an Erzieherinnen und Erziehern sowie die Schwierigkeit, offene Kitaplätze zu besetzen. Er fragte, ob im Zuge einer Reduzierung der betreuten Kinderzahlen Möglichkeiten bestehen, die Situation in den Neustädter Kitas zu verbessern, sodass mehr Plätze geschaffen oder besser bedient werden könnten.

**Frau Erfurth** wies darauf hin, dass man gesetzlich an den Mindestpersonalschlüssel gemäß KiFöG gebunden ist. Das Land Sachsen-Anhalt arbeitet an einem Gesetzentwurf, um trotz rückläufiger Kinderzahlen das vorhandene Personal in den Kitas halten zu können.

**Frau Haupt** erkundigte sich, wie freie Träger in das Prozedere einer möglichen Schließung eingebunden werden. Zudem stellte sie fest, dass Auszubildende derzeit nicht übernommen werden. Sie erkundigt sich, ob bei bereits geschlossenen Einrichtungen durch freie Träger eventuelle Verhandlungen mit dem Personal geführt werden oder ob dies ausschließlich Trägersache ist.

**Frau Manser** teilte mit, dass befristete Beschäftigte entlassen werden müssen, aber intern versucht wird, sie umzulenken sowie andere Träger zu kontaktieren. Sie bezog sich auf das Beispiel der Kita-Schließung von Herrn Dr. Wend, welches nicht als generelle Vorlage dienen sollte, und dass dieses Vorgehen von der Kita schlecht gelaufen ist.

**Herr Kramer** bat hierbei, den Blickwinkel im Land zwischen ländlichem und städtischem Bereich Blick zu nehmen.

**Frau Pilz** sagte, dass befristetes Personal arbeitsrechtlich unproblematisch ist, während unbefristetes Personal bedeuten kann, dass der Träger verpflichtet ist, Angebote zu unterbreiten oder einen Sozialplan erstellen muss. Die Stadt Halle (Saale) habe darauf wenig direkten Einfluss, da private arbeitsrechtliche Verträge vorliegen. Ihrer Erfahrung nach entspannt sich die Situation allmählich, es gebe auch noch Leasing in den Kitas und Ausschreibungen, bei denen sich niemand bewirbt.

**Herr Kramer** bemerkte, dass er schon lange im Jugendhilfeausschuss tätig ist und frühere Kürzungswellen aus den 90er Jahren erlebt hat. Er stellte fest, dass die jetzige Vorbereitung im Vergleich dazu deutlich fortschrittlicher wirkt. Als Beispiel erwähnte er zwar problematische Ereignisse, betonte aber, dass die Art und Weise, wie das Thema angegangen wird, eine völlig andere ist als in den 90ern, als in Jugendhilfeausschusssitzungen regelmäßig Forderungen der Elternschaft laut wurden, nicht ihre Kita zu schließen

**Herr Kramer** bedankte sich bei Frau Erfurth für ihre Ausführungen.

### **zu 7.3 Bericht der AG § 78 Jugendhilfe - Schule Vorlage: VIII/2025/01835**

---

**Herr Klinger** informierte anhand einer Präsentation zum Bericht der AG § 78 Jugendhilfe – Schule.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Wend** wies darauf hin, dass ihm der südliche Bereich von Schulen eher unbekannt ist, als der westliche Bereich, weil dort die Schüler und Schülerinnen im Wartezimmer sitzen und ihre Krankenscheine abholen. **Herr Dr. Wend** bemerkte, dass eine Vernetzung von allen gemeinsamen Kinderärzten zu diesem Sachverhalt sinnvoll wäre.

**Herr Klinger** sagte, dass fingierte Krankschreibungen als wichtiger Punkt betrachtet würden und man sich von einer gefühlten Datenlage hin zu tatsächlicheren Daten bewegen müsse, auch im Kontext im Umgang mit der Datenlage. Er erwähnte, dass diese Daten im Frühwarnsystem gesammelt werden. Es bestehen aber häufig Zweifel, ob eine Krankschreibung ohne wirkliches Krankheitsbild vorliegt. **Herr Klinger** bot dazu ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Dr. Wend an.

**Frau Pilz** fragte, wer einschätzt, ob das Kind krank ist oder nicht?

**Herr Dr. Wend** erläuterte unspezifische Beschwerden von Jugendlichen, etwa Bauch- oder Kopfschmerzen, bei denen z.B. ein 14-Jähriger scheinbar gesund ist, aber wiederkehrende unspezifische Befunde in der digitalen Akte erscheinen. Er nennt zwei Erklärungen: entweder eine übersehene chronische Erkrankung oder wirklich keine Erkrankung, was die Frage aufwirft, warum die Beschwerden mehrfach auftreten. Das sei im Patientenverhältnis schwierig, da man möglichen Vorwürfen aus dem Weg gehen wolle und niemanden falsch beschuldigen möchte, wenn Patienten mit Sorgen zum Arzt kommen.

**Frau Pilz** bemerkte, dass bei der Diskussion gesagt wurde, dass die Schulen das abschätzen.

**Herr Klinger** wies auf das Phänomen des elternbedingten Schulabsentismus hin, das sich im Graubereich zwischen klarer Einordnung und Unsicherheit bewegt. Dieser Bereich gilt als schwer fassbar und fachlich schwer zu definieren. Er sagte, dass seit Jahren Schulabsentismus als multifaktorielles Phänomen gesehen wird, das aus mehreren Faktoren entsteht; dazu kann auch gehören, dass Kinder zurückgehalten werden.

**Frau Pilz** bat um eine konkrete Erklärung. Sie erkundigte sich, wie dieser Sachverhalt in der Tabelle dargestellt wird.

**Herr Klinger** teilte mit, dass in der Tabelle ein Feld besteht, das einen Verdacht ohne Diagnose festhält. Hierbei geht es um einen Verdachtsfall auf eine gefälschte Krankschreibung, der anonym mitlaufender Nummer codiert ist.

**Herr Kramer** schlug vor, dazu nochmalige bilaterale Gespräche zu führen.

**Frau Goy** betonte, dass hierbei Muster erkannt werden sollen. Lehrer können nicht feststellen, ob ein Kind montags in der dritten Stunde krank war. Dennoch können über mehrere Wochen Hinweise auftauchen, die ein Frühwarnsystem aufnimmt, und dann können Gespräche mit den Eltern geführt werden.

**Herr Kramer** wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine persönliche Einschätzung handelt. Es ist kein professionell validierter Befund, sondern ein erster Verdacht, der darauf hinweist, dass man sich das Thema näher ansehen sollte.

**Frau Goy** fügte hinzu, dass das eine persönliche Einschätzung ist und nichts Evaluiertes vom Fachmann. Sondern erstmal nur ein erster Verdacht.

**Herr Kramer** bedankte sich für die Ausführungen bei Herrn Klinger.

## **zu 8      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anfragen.

## **zu 9      Anregungen**

---

Da es keine Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Uwe Kramer  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer